

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 21. Mai 2010

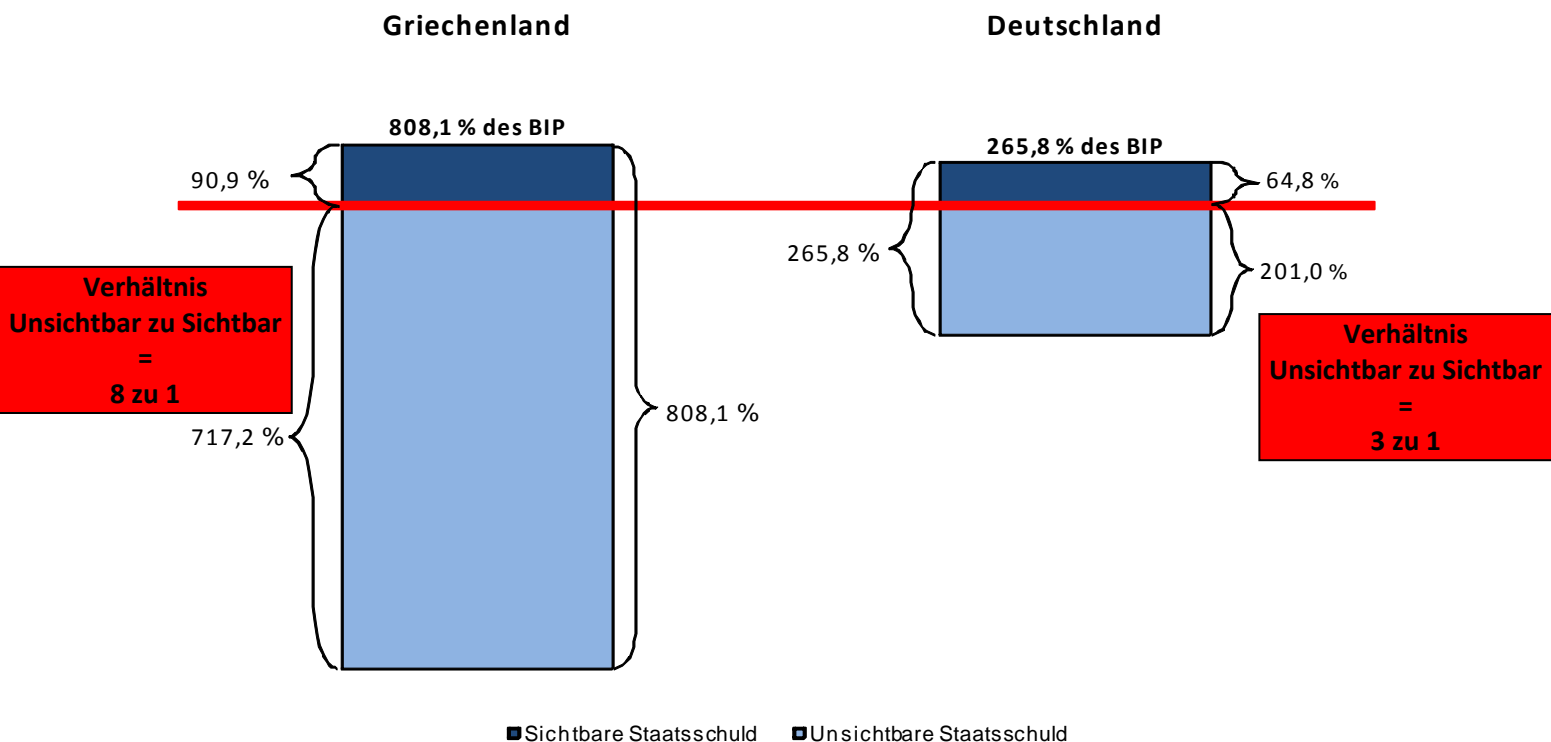
Das wahre Ausmaß der griechischen Schuldenkrise lauert unter der Oberfläche

Infolge der griechischen Schuldenkrise befindet sich der Euro auf Talfahrt. Doch wie ist es um die griechischen Staatsfinanzen tatsächlich bestellt? Und welche Lehren können aus der Griechenland-Krise gezogen werden? Hierzu hat die Stiftung Marktwirtschaft die Entwicklung der griechischen Staatsfinanzen im Vergleich zu Deutschland untersucht. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass die sichtbare Schuldenlast Griechenlands in Höhe von aktuell 115 Prozent des BIP lediglich die Spitze des Eisbergs bildet.

Wie in Deutschland verbirgt sich die eigentliche Misere des griechischen Staatshaushalts unter der Oberfläche. So belaufen sich die unsichtbaren Schulden des griechischen Staates unter Zugrundelegung aktueller Wirtschaftsdaten aus den Jahren 2007 bis 2009 auf 720 Prozent des BIP. Berücksichtigt man, dass sich die sichtbare Schuldenlast des griechischen Staates in dem den Berechnungen zugrundeliegenden Basisjahr 2007 auf lediglich 91 Prozent des BIP belief, so entsprechen die unsichtbaren Schulden des griechischen Staates in etwa dem Achtfachen der sichtbaren Schuldenlast. Zusammengenommen ergibt sich für den griechischen Staatshaushalt damit eine Nachhaltigkeits- oder Tragfähigkeitslücke von 808,1 Prozent des BIP. Im Vergleich dazu fällt die Tragfähigkeitslücke des deutschen Staates mit 265,8 Prozent des BIP im Jahr 2007 vergleichsweise gering aus. Allerdings entspricht auch die unsichtbare Schuldenlast Deutschlands mehr als dem Dreifachen der sichtbaren Schuldenlast.

Nachhaltigkeitslücken im Vergleich

(Basisjahr 2007, g = 1,5 Prozent, r = 3 Prozent)



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 21. Mai 2010

Wie in Deutschland ist das aktuelle Problem der griechischen Staatsfinanzen jedoch weniger eine Folge der Wirtschaftskrise als vielmehr hausgemacht. Denn mit einer Defizitquote von durchschnittlich 6,1 Prozent des BIP im Zeitraum 2000 bis 2009 ist der griechische Staat nicht erst seit der Finanzkrise chronisch unterfinanziert. Die Ursache der aktuellen fiskalischen Schiefelage ist vielmehr darin zu finden, dass die **Staatsquote Griechenlands** seit dem Tiefstand im Jahr 2006 bei nahezu unveränderten Einnahmen **stetig gestiegen** ist und **mit einem Umfang von aktuell 50 Prozent des BIP** lediglich von den skandinavischen Staaten sowie Frankreich und Belgien übertroffen wird. Gleichzeitig bewegt sich die Einnahmequote Griechenlands im europäischen Vergleich mit aktuell 36,9 Prozent am unteren Rand.

Erschwerend kommt hinzu, dass die infolge der demografischen Entwicklung anwachsenden Ausgaben für Renten-, Gesundheits- und Pflegeleistungen die griechischen Staatsfinanzen zukünftig noch stärker belasten werden. Denn im Unterschied zu Deutschland, welches mit den Rentenreformen der vergangenen Legislaturperioden bereits auf diese absehbare Entwicklung reagiert hat, hat der griechische Staat es bislang versäumt, sich der demografischen Herausforderung zu stellen. Entsprechend rechnet die Europäische Kommission für Griechenland bis zum Jahr 2060 mit einer Zunahme der Rentenausgaben um 12 Prozent des BIP, während sich die Zunahme in Deutschland bei einem bereits aktuell leicht geringeren Niveau auf lediglich 2,3 Prozent beläuft.

Angesichts dieser Fakten besteht jedoch auch für Deutschland kein Grund zur Entwarnung. Die alarmierende Entwicklung in Griechenland lehrt vielmehr, dass der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zukünftig wieder Vorrang einzuräumen ist.

Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Hübner
Charlottenstraße 60
D- 10117 Berlin

Telefon 030 – 20 60 57 33
Fax 030 – 20 60 57 57

Besuchen Sie auch unsere Homepage zum Thema Generationenbilanz: <http://www.ehrbarer-staat.de>